

AUSGABE VOM 13. MAI 2022

## CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Schutzschirm gegen Inflation

Inflation, Energiepreise und Nahrungsmittelknappheit machen das Leben auch in NRW immer teurer. Der [CDU/CSU-Antrag „Preissteigerung bekämpfen – Schutzschirm gegen die Inflation“](#) fordert deshalb konkrete Schritte: Einen raschen und vollständigen Ausgleich der kalten Progression. „Jetzt ist entschlossenes Handeln gefragt. Besonders für Menschen mit geringerem Einkommen sind die gestiegenen Preise ein großes Problem“, so CDU-Bundestagsabgeordneter Michael Breilmann. „Die Maßnahmen der Regierung Olaf Scholz erreichen diese Menschen oft nicht. Rentnerinnen und Rentner, Studierende oder junge Familien, die Elterngeld bekommen, gehen bei der Energiepauschale leer aus“. Die Forderungen der Union, dass die Energiepauschale auch diesen Personen gezahlt werden soll, lehnt die Ampel ab.

## Extremismus-Bekämpfung: Null Toleranz für Demokratiefeinde

Der Bundestag hat am Freitag auf Initiative der CDU/CSU über die Bekämpfung von Extremismus und Radikalisierung debattiert. Die Unions-Fraktion legte dazu einen Antrag mit dem Titel [„Für eine wehrhafte Demokratie – Gegenüber jeglicher Art von Extremismus“](#) vor, der an den Innenausschuss überwiesen wurde. Darin fordert die Union die Bundesregierung u.a. auf, neben einer konsequenten Fortsetzung der Bekämpfung des Rechtsextremismus auch einen Aktionsplan gegen islamistischen Terrorismus und politischen Islamismus sowie einen weiteren Aktionsplan gegen Links-



„Antisemitismus aktiv entgegentreten“: NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) erinnerte diese Woche an den Jahrestag jüdenfeindlicher Demonstrationen vor der Synagoge in Gelsenkirchen. (Foto: privat)

extremismus vorzulegen. Auch soll die Bundesregierung dem BKA zur Abwehr der Gefahren des internationalen Terrorismus die Befugnis zur Überwachung der Telekommunikation wie Telegram- oder WhatsApp-Nachrichten von islamistischen Terroristen zur Verfügung stellen. Ferner dringt die Union darauf, dem Verfassungsschutz „unter verpflichtender Mitwirkung von Telekommunikationsanbietern die Überwachung der Kommunikation von Terroristen und Extremisten zu ermöglichen“ sowie Befugnisse zur Online-Durchsuchung einzuräumen, „um zur Abwehr einer mindestens konkretisierten Gefahr im dringenden Einzelfall insbesondere einen konkret bevorstehenden Terroranschlag verhindern zu können“. Des Weiteren wird die Regierung aufgefordert, sämtliche Präventionsprogramme gegen Extremismus zu evaluieren sowie

Qualitätsstandards als Fördervoraussetzung zu erarbeiten. Staatliche Gelder sollen nur an Träger von Präventionsprojekten gehen, „die sich umfassend und eindeutig zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. „Die Feinde der Demokratie säen Hass und Gewalt in unserem Land, egal, aus welcher politischen Richtung sie kommen“, so CDU-MdB Michael Breilmann: „Eine wehrhafte Demokratie braucht starke Sicherheitsbehörden mit wirksamen Befugnissen. Ich danke unseren Sicherheitsbehörden in NRW und im Bund für ihren Einsatz gegenüber allen extremistischen Umtrieben. Null Toleranz für Demokratiefeinde: Konsequent und zielgerichtet gegen jede Form von Extremismus und Antisemitismus - das ist die klare Haltung der CDU“.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

„Es wurde gesagt, Demokratie sei die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert



worden sind“ – Churchills kluger Satz ist unverändert gültig. Freiheit ist nicht selbsterverständlich, sie muss verteidigt werden und bedeutet Verantwortung. Viele Leute haben hart für dieses Recht gekämpft. Dass Putin mit dem Überfall auf die Ukraine auch das demokratische Prinzip attackiert, sollte nicht vergessen werden. Wenn laut einer Allensbach-Umfrage von April schockierende 31 Prozent der Befragten äußerte in einer „Scheindemokratie“ zu leben, „in der die Bürger nichts zu sagen haben“, dann müssen wir uns mehr anstrengen. Dazu kommt der verheerende Eindruck, der Diskurs in Deutschland würde von überlauten Demokratiefeinden, Impfgegnern und Radikalen auf der Straße bestimmt.

Unsere wehrhafte Demokratie lebt vom Mitmachen und Mitentscheiden. Meine Bitte: Nehmen Sie am Sonntag ihr demokratisches Mitwirkungsrecht wahr. Nur wer zur Wahl geht, bestimmt mit, wer in den Düsseldorfer Landtag einzieht. Wenn Sie nicht wählen, lassen Sie andere entscheiden. Wer wählt zeigt auch: Ich finde Demokratie und Freiheit gut. Sorgen wir also dafür, dass es am Sonntag einen klaren Gewinner gibt, getreu dem Motto „Demokratie wähle ich kreuzweise!“

Ihr

*Michael Breilmann*

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



## Kriminelle Clans: Der Rechtsstaat setzt die Maßstäbe

Der Bundestag hat am Mittwoch einen von der AfD vorgelegten Antrag zur Clankriminalität beraten und an den Innenausschuss überwiesen. Redner der Union wiesen die Initiative als blanken Populismus zurück, sie zeichneten ein Zerrbild der Realität. Deutschland hat eine niedrige Kriminalitätsbelastung und eine hohe Aufklärungsquote. Das liege nicht an AfD-Anträgen, sondern an der hervorragenden Arbeit, die Polizistinnen und Polizisten Tag für Tag leisteten, Ihnen gebühre Dank und Anerkennung. Nach der Schießerei mit vier Verletzten in Duisburg begrüßt CDU-MdB Michael Breilmann die An-



Steht wie kein zweiter für die Belange der Innere Sicherheit in NRW: Innenminister Herbert Reul (CDU) geht mit seiner bundesweit beachteten Null-Toleranz-Strategie auch erfolgreich gegen Clan-Kriminalität vor. (Bild: privat)

kündigung von NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) zur Fortsetzung des Kampfes gegen Clan-Kriminalität.

„Ich freue mich über den klaren Kurs der Landesregierung. Man muss Ross und Reiter klar benennen, um erfolgreich gegen diese über Jahrzehnte gewachsenen Strukturen erfolgreich vorzugehen“, so Breilmann. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) habe bei der Inneren Sicherheit enorm viel voran gebracht. „An seiner Null Toleranz-Strategie und dem konsequenten Vorgehen der Polizei verbrennen sich die Clans die Finger. Hier setzt der Rechtsstaat ganz klare Maßstäbe. Bei der Inneren Sicherheit dürfe es daher „keine Experimente“ geben“, so MdB Breilmann: „Clankriminalität ist kein aufgebauschtes Thema, wie unlängst von NRW-Grünen behauptet, sondern ein ganz reales Problem. Die Union ist offenbar die einzige Kraft, die die Situation schonungslos analysiert und dann im Interesse der Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger konsequent handelt“.

## Fallzahlen bei politische Kriminalität auf Höchststand

Innenministerin Faeser (SPD) hat am Dienstag die Fallzahlen für die politisch motivierte Kriminalität 2021 vorgestellt. „Wir haben einen besorgniserregenden Höchststand erreicht“, so CDU-MdB Michael Breilmann. Alarmierend seien die hohen Anstiege im Bereich der politisch nicht zuzuordnenden Kriminalität. Diesen Bereich müssten die Sicherheitsbehörden besser ausleuchten. „Wir müssen wissen, welche Motivation hinter Straftaten steht, um dann gezielt mit präventiven und repressiven Maßnahmen dagegen vorzugehen“, so das Innenausschussmitglied. Neben dem Anstieg antisemitischer Straftaten im Bereich der politisch motivierten Kriminalität ‚rechts‘ sind auch deutliche Anstiege beim islamistisch geprägten Antisemitismus zu verzeichnen. Besorgniserregend ist auch die hohe Gewaltbereitschaft von Linksextremisten. Links motivierte Gewaltstraftaten liegen gegenüber den anderen Phänomenbereichen auf dem ersten Platz. Zuwächse gab es auch bei politisch motivierten Gewaltkriminalität ‚ausländische und religiöse Ideologie‘. „Es ist wichtig, dass der Staat ausnahmslos gegen alle Extremismusbereiche vorgeht. Den Kampf gegen Rechts sowie gegen Hass und Hetze im Netz gilt es konsequent fortzusetzen. Ich fordere die Innenministerin auf, endlich Aktionspläne gegen Linksextremismus und islamistischen Terrorismus sowie den politischen Islamismus vorzulegen“, so Breilmann.

## Journalismus darf kein Risiko sein

Angriffe auf Medienvertreter bei Demonstrationen hat CDU-MdB Michael Breilmann am Mittwoch im Innenausschuss thematisiert. Im Rahmen einer CDU/CSU-Berichtsbitte zu den jüngsten Übergriffen bei antisemitischen Demonstrationen forderte der Innenpolitiker Aufklärung darüber, wie die Bundesregierung Journalisten besser gegen Übergriffe durch Demonstranten schützen will. „Berichterstattung von Protesten wird für Reporter immer öfter zum Risiko“, so Breilmann. Dass sie in Deutschland inzwischen unter Polizeischutz ihre Arbeit verrichten müssten, sei eine Bedrohung für die Demokratie. Politik und Behörden müssten die Pressefreiheit konsequent gewährleisten. „Journalisten sind kein Freiwild“, so Breilmann. Daher bedürfe es eines Schutzkonzeptes, welches bei Veranstaltungen eine gewaltfreie Berichterstattung gewährleistet. „Freie und unabhängige Informationen sind elementar für die Meinungsbildung in unserer Gesellschaft, gerade in Krisenzeiten“, so der CDU-Politiker.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 08 der 20. Wahlperiode

13. Mai 2022

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häßler/

M.-L. Rosenberger/R. Hoffmann